



Du hast die Wahl

Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2017*

Arbeitswelt

Gewerkschaft NGG	CDU/CSU	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AFD
Mindestlohn: Ausnahmen abschaffen, mehr Kontrollen	Weniger Mindestlohn-Kontrollen u. Aufzeichnungen der Arbeitszeit, z.B. in Gastronomie	Abschaffung der Ausnahme für Langzeitarbeitlose, Überprüfung der Ausnahme für unter 18-Jährige	Abschaffung der Ausnahmen; Erhöhung auf 12 Euro; mindestens 1.500 € brutto bei Vollzeit im Monat	Abschaffung der Ausnahmen	Weniger Kontrolle durch Einschränkung der Dokumentationspflichten für Arbeitgeber	keine Aussage
Keine Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes / Gestaltung der Arbeitszeit	Abschaffung des 8 Stunden-Tages, weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit	Wahlarbeitszeitgesetz mit Rechten je nach Lebensphasen in Abstimmung mit Gewerkschaften u. Unternehmen einführen	Keine Ausnahmen der gesetzlich zulässigen Tageshöchst- und Wochenhöchst- arbeitszeit auf 40 Stunden reduzieren	Vollzeit-Arbeitszeitkorridor mit einzuhaltenden Ankündigungsfristen	8 Stunden-Tag abschaffen; tägliche Höchst- arbeitsgrenze von 10 Stunden u. tägliche Ruhezeit von 11 Stunden abschaffen	keine Aussage
Minijobs: sozialversicherungs- u. steuerpflichtig ab dem ersten Euro	Ausweitung der Minijobs durch laufende Anpassung der 450 € Grenze an Entgelterhöhungen	Geringfügige Beschäftigung abbauen; Missbrauch bekämpfen u. Minijobbenden Möglichkeiten für sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen	Minijobs abschaffen; Recht auf Arbeitsvertrag von mindestens 22 Stunden pro Woche	Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umwandeln	keine Aussage	keine Aussage
Behinderung von Betriebsratswahlen verhindern; Betriebsräte stärken	keine Aussage	Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften für wirksame Strafverfolgung bei Behinderung von Betriebsratswahlen u. der Arbeit von Betriebsräten; Besserer Schutz für Initiatoren von Betriebsratswahlen, Vereinfachung des Wahlverfahrens	Verbesserung der Strafverfolgung bei Verstößen gegen das Betriebsverfassungsgesetz u. Arbeitsgesetze; Bildung Schwerpunktstaatsanwaltschaften; vereinfachtes Wahlverfahren für alle Betriebe	Betriebsräte besser schützen; Mitbestimmungsrechte ausbauen	keine Aussage	keine Aussage
Werkverträge u. Leiharbeit regulieren	Keine weiteren Änderungen an den geltenden Begrenzungen	Ziel: gleiches Entgelt für LeiharbeiterInnen ab erstem Tag; Abweichungen nur durch Tarifverträge; Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeiter u. Werkverträgen ausbauen	Leiharbeit abschaffen; vorher Leiharbeit für maximal drei Monate; gleiches Entgelt vom ersten Tag plus 10 Prozent Zuschlag; Vergabe von Werkverträgen nur mit Zustimmung des Betriebsrates	Leiharbeit: gleicher Lohn ab erstem Tag wie Stammschäftige - plus Flexibilitätsprämie; Werk- oder Dienstverträge von Leiharbeit klar abgrenzen; Scheinselbstständigkeit unterbinden	Gesetzliche Vorschriften zur Regelung von Überlassungsdauer u. Entlohnung bei der Zeitarbeit abbauen	Gesetzliche Höchstgrenze von Leih-/Werkverträgen auf 15 Prozent; Leiharbeit nach sechs Monaten Festanstellung gleichstellen; Einmalige Verlängerung von Zeitarbeitsverträgen
Befristung abschaffen	Änderungen nur, um offenkundige Missbräuche abzustellen	Sachgrundlose Befristung abschaffen; Sachgründe für Befristungen einschränken	Befristungen zurückdrängen u. auf wenige Sachgründe beschränken	Sachgrundlose Befristung abschaffen	Befristungen nicht abschaffen	keine Aussage

*gekürzt, zu Grunde liegen die Parteiprogramme Stand August 2017

Rente und Soziales

Gewerkschaft NGG	CDU/CSU	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AfD
Stabilisierung des Rentenniveaus u. Anhebung auf 50 Prozent; Keine Erhöhung des Eintrittsalters; Erwerbstätigenversicherung einführen	Ziel: Altersarmut vermeiden, kein Handlungsbedarf bis 2030; Rentenkommission soll bis Ende 2019 Vorschläge für Weiterentwicklung der Rente nach 2030 erarbeiten	Rentenniveau von mindestens 48 Prozent u. Beitragssatz von 22 Prozent als „doppelte Haltelinie“; Einführung „Solidarrente“; Nicht versicherte Selbstständige absichern; Keine Anhebung der Regelaltersgrenze	Rentenniveau auf 53 Prozent anheben; Solidarische „Mindestrente“ von 1.050€; Ausweitung auf alle Erwerbstätigen; Abschlagsfreie Rente für alle mit 65 Jahren, bei 40 Beitragsjahren ab 60 Jahren	Rentenniveau stabil halten; Garantierente oberhalb der Grundsicherung als Mindestniveau; Rentenversicherung zur Bürgerversicherung weiterentwickeln; Grundsätzlich Rente mit 67; verbesserte Teilrenten ab 60 ermöglichen	Flexibilisierung der Altersvorsorge: indiv. Baukastenprinzip (gesetzl. u. betriebliche Rente) mit „Vorsorgekonto“; Flexibler Renteneintritt ab 60 möglich; Keine Rentengarantie	Stabilisierung der Altersversorgung der deutschen Bevölkerung anstelle der Finanzierung der Migrationspolitik; Berücksichtigung von Erziehungszeiten; Rente unabhängig vom Lebensalter nach -arbeitszeit bis zu 45 Jahren; Erwerbstätigkeit soll grundsätzlich zu Rente oberhalb Grundsicherung führen
Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenkassen (Arbeitnehmer u. Arbeitgeber)	Keine Aussagen zur paritätischen Finanzierung; Keine Einführung einer Bürgerversicherung	Einführung einer paritätischen Bürgerversicherung, in die alle einzahlen	Rückkehr zur paritätischen Finanzierung; „Solidarische Gesundheitsversicherung“ schließt alle in Deutschland lebenden ein; Private Krankenversicherung nur für Zusatzleistungen	Paritätische Finanzierung wiederherstellen u. Zuzahlungen abschaffen; Einführung der Bürgerversicherung	Keine Bürgerversicherung	Paritätische Arbeitgeber- u. Arbeitnehmeranteile an der Pflege- und Krankenversicherung; Schuld am Finanzierungsnotstand seien u.a. die Mehrkosten durch Flüchtlinge

Gleichstellung

Gewerkschaft NGG	CDU/CSU	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AfD
Mehr Frauen in Führungspositionen u. Aufsichtsräte	Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen im Öffentlichen Dienst bis 2025	Führungsgremien zu 50 Prozent jeweils mit Frauen u. Männern besetzen	Verbindliche Frauenquote von 50 Prozent für alle Aufsichtsräte sowie für Vorstände aller Unternehmen	50 Prozent-Frauenquote für die 3.500 börsennotierten u. mitbestimmten Unternehmen	Verbesserung des Frauenanteils in Führungspositionen; Keine gesetzliche Quote; Freiwillige Verpflichtung der Unternehmen	Ablehnung von Quoten u. Förderregelungen
Gleiche u. gleichwertige Arbeit verdient das gleiche Geld	Wirkung des Entgelttransparenz-Gesetzes überprüfen u. gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern weitere Schritte unternehmen	Transparenzgesetz zu einem Entgeltgleichheitsgesetz mit Verbandsklagerecht entwickeln; Prüfverfahren der Entgeltstrukturen nach vorgegebenen Kriterien in Unternehmen ab 50 Beschäftigte	Entgeltgleichheitsgesetz samt Verbandsklagerecht einführen	Wirksames Entgeltgleichheitsgesetz einführen	Gegen ein Entgeltgleichheitsgesetz; Gegen Pflicht zur Offenlegung der Löhne	keine Aussage

Steuern

NGG	CDU/CSU	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AfD
Wiedereinführung der Vermögenssteuer	Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer wird abgelehnt	Reichensteuer von drei Prozent auf den Spitzensteuersatz ab einem zu versteuernden Einkommen für Ledige von 250.000 Euro	Vermögen ab einer Million Euro sollen mit fünf Prozent besteuert werden	Vermögenssteuer für Superreiche	Vermögenssteuer wird abgelehnt	Vermögenssteuer wird abgelehnt
Ehegattensplitting abschaffen	keine Aussage	Abschaffung des Ehegattensplittings für die Zukunft; Einführung eines Familientarifes mit Kinderbonus	Ehegattensplitting wird durch familienfreundliche Steuermodelle ersetzt; keine Aussage zu bestehenden Ehen	Kindergrundsicherung und Individualbesteuerung sollen Ehegattensplitting ersetzen; Wahlmöglichkeit für Altfälle	Ehegattensplitting beibehalten	Ehegattensplitting wird durch Familiensplitting ergänzt, bei dem das Familieneinkommen auf alle Familienmitglieder verteilt wird